

Nachrichten

Sek-Schulen Kanton will Abwarte schützen

Abwarte und Reinigungspersonal der Basellbieter Sekundarschulhäuser sollen bei der Übernahme durch den Kanton eine Lohn-Besitzstandgarantie erhalten. Der Landrat hat gestern ein entsprechendes SP-Postulat mit 40 zu 35 Stimmen überwiesen. Beim Deal zwischen Kanton und Gemeinden sollen gemäss Postulat nicht ausgerechnet jene mit den tiefsten Löhnen leiden. (SDA)

Noch mehr Plakate Stopp der wilden Wahlwerbung

Barbara Peterli Wolf (CVP, Therwil) stört sich am «riesigen Plakatwald» während der Landratswahlen von Januar bis April. Viele Plakate seien so platziert gewesen, dass sie Verkehrsteilnehmer abgelenkt und die Strassenreinigung behindert hätten. Andererseits müssten Wahlkämpfer mühsam in jeder Gemeinde einzeln die Fristen für das Aufhängen von Wahlplakaten abklären. Peterli Wolf fordert deshalb in einer gestern eingereichten Motion, die Aushangdauer kantonal einheitlich zu begrenzen. (BOB)

Büromaterial Halbe Milliarde für Bildschirme

CVP-Landrat Claudio Wyss wollte von der Regierung Genaueres wissen über den Austausch von Bildschirmen in der Sicherheitsdirektion. 1500 Bildschirme wurden laut Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro für insgesamt eine halbe Milliarde Franken ausgetauscht, darunter 1200 älter als sieben Jahre. Die neuen Schirme verbräuchten 40 Prozent weniger Strom. Wyss war mit der Antwort nicht vollständig zufrieden und zweifelte am Sparwillen der Regierung. (BOB)



«Sex sells»: Regierung und Landrat sehen derzeit mehrheitlich keinen Bedarf, das zu ändern. ARCHIV

Werbung darf erotisch bleiben

Werbeplakate Landrat lehnt knapp zwei Motionen gegen Sexismus ab

VON ALESSANDRA PAONE

Wenn Tabakwerbung verboten ist, soll auch Werbung für sexuelle Dienstleistungen verboten sein. Das eine schade der Gesundheit, das andere sei ein Affront gegen die Menschenwürde. Mit diesen Argumenten forderte EVP-Landrätin Sarah Fritz gestern im Landrat ein Verbot für sexistische Plakatwerbung auf Privatgrund im Kanton Baselland. Die Bemühungen der Birsfelderin sorgten zwar für eine lebhaftige Debatte, waren aber am Ende umsonst. Denn das Parlament lehnte die Motion schliesslich mit 37 gegen 39 Stimmen bei zwei grünen Enthaltungen knapp ab.

Fritz warf den Anbietern von sexuellen Dienstleistungen vor, auch in Frauenhandel und Prostitution verwickelt zu sein. Und weil die Behörden

zu wenig Ressourcen für Kontrollen hätten, seien griffigere Massnahmen nötig. Die EVP-Frau ging noch einen Schritt weiter: Indem der Kanton Plakatwände zur Verfügung stelle, fördere er indirekt solche Auswüchse.

Landrat BL



Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro liess sich jedoch nicht von Fritz' Votum beeindruckt. Sie sprach sich deutlich gegen ein Plakatverbot aus: «Das ist unverhältnismässig.» Die Regierungsrätin verwies auf ähnliche Werbung auf Privatgrund, in der Presse oder im Internet. Ausserdem leiste die Lauterkeitskommission im Bereich der Branchen-Selbstregulierung gute Arbeit. Auch hätten die Gemeinden die Möglichkeit, in ihren

Gebieten Reglemente zu erlassen. Angefochten wurde der Vorstoss vor allem von der SVP und den Freisinnigen. «Das älteste Gewerbe der Welt wird sowieso weitergeführt», betonte etwa Myrta Stohler (SVP, Diegten). Siro Imber (FDP, Allschwil) schlug indes vor, die Ausbeutung statt der Werbung zu bekämpfen.

Auch mit der zweiten Motion fiel Fritz bei 45 gegen 33 Stimmen bei 4 Enthaltungen durch: Sie wollte mit ihrem überparteilichen Vorstoss sexistische Werbung etwa für Autos generell verbieten. Die männlichen Freisinnigen empfanden den Antrag selbst als sexistisch. «Ich verwahre mich dagegen, dass Sie Männern unterstellen, Frauen nur als Objekte zu betrachten», sagte zum Beispiel Daniele Ceccarelli (Pfeffingen). «Ich tue das nicht und die meisten Herren im Landrat wohl auch nicht.»

Finanzausgleich wird überprüft

Finanzausgleich Der Basellbieter Landrat will den Finanzausgleich überprüfen. Mit 59 Ja- gegen 12 Nein-Stimmen hat er gestern eine Motion des SVP-Landrats Franz Hartmann (Reinach) als Postulat überwiesen. Der Vorstoss verlangt unter anderem, dass die Gebergemeinden entlastet werden.

Finanzdirektor Adrian Ballmer sowie alle Fraktionen ausser der SP zeigten sich bereit, die Anregungen in der unverbindlichen Version zu unterstützen. Es sei jetzt der falsche Zeitpunkt, den ganzen Mechanismus infrage zu stellen, bemerkte Ruedi Brassel (SP, Pratteln). Als Postulat überwiesen wurde zudem eine CVP-Motion. Diese fordert unter anderem eine Obergrenze für Gebergemeinden sowie verlängerte Zahlungsfristen bei grossen Differenzen zwischen Budget und Realität. (ALE)

Kein Wahlrecht für Ausländer

Wahlrecht Basellbieter Gemeinden haben weiterhin keine Möglichkeit, ihre ausländischen Miteinwohner auf kommunaler Ebene abstimmen und wählen zu lassen. Der Landrat lehnte gestern eine einschlägige Motion der Grünen ab. Die Fraktion erhoffte sich von diesem Schritt eine bessere Integration; Antragssprecher Jürg Wiedemann betonte zudem, die Option eines kommunalen Ausländerstimmrechts stärke auch die Gemeindeautonomie. Die SP verwies auf gute Erfahrungen in anderen Schweizer Gemeinden mit Ausländerstimmrecht. Die CVP befürchtete mehrheitlich eine «kleine Einbürgerung», die Ausländer in zwei Klassen unterteile, weil man genau definieren müsse, wer wählen dürfe und wer nicht. FDP und SVP lehnten die Motion ab. (BOB)

Keine neuen Atomkraftwerke – die Landräte freut es

Atomausstieg Im Landrat kommt die Ankündigung der Elektra Baselland, auf neue AKW zu verzichten, gut an. Weitere Gemeinsamkeiten sucht man bei den Parteien allerdings vergebens.

VON JOËL HOFFMANN

Der Entscheid der EBL, auf neue Atomkraftwerke zu verzichten, überrascht SVP-Landrat Hansruedi Wirz keineswegs: «Man muss die Realität, wie sie jetzt ist, anerkennen.» Ein Atomausstieg sei nach Japan notwen-

dig, davor könne sich keine politische Richtung verschliessen. Um den stetig steigenden Stromkonsum zu bewältigen, hofft Wirz auf die Geothermie. Widersprüche sieht er bei den Naturschützern, die sich gegen höhere Wasserstaumauern wehren: «Die wollen den Fünfer, das Weggli und das Wechselgeld.» In den kommenden Debatten im Landrat brauche es ein Nehmen und ein Geben, sonst gehe es nicht vorwärts.

«Jetzt soll die EBL ihre Beteiligungen an AKW-Betreiberin Alpiq abstossen», fordert die Grünen-Landrätin Sarah Martin, nachdem sie sich kurz über den für sie überraschenden Entscheid der EBL gefreut hat. Sie hoffe,

dass nun andere Energieanbieter der EBL folgen werden. Obwohl SVP-Landrat Thomas de Courten als EBL-Verwaltungsrat für den Richtungswechsel mitverantwortlich ist, setzt Martin im Landrat auf andere Pferde. Sie erhofft sich vor allem von den künftigen Parlamentariern der Grünliberalen Unterstützung bei der Energiepolitik. Denn: «Die SVP und die FDP blockieren zu viel.»

Weitere Forderungen an die EBL

Für SP-Landrat Hannes Schweizer hat sich der Richtungswechsel der EBL abgezeichnet. «Noch vor einem Jahr war das undenkbar.» Es sei aber bedauerlich, dass erst eine Katastro-

phe passieren müsse, bis die Leute merken, dass die Natur ihre eigenen Gesetze hat und die Technik nicht absolut sicher ist. Nun brauche es einen geordneten Ausstieg und Anreize zum Energiesparen: «Die Stromanbieter müssen das Stromsparen honorieren.»

«Die EBL hat die erneuerbaren Energien bereits stark gefördert», sagt FDP-Landrat Christoph Buser. Darum sei er vom Entscheid der EBL gegen AKW auch nicht überrascht. Zentral sei nun die Frage, wolle man Grosskraftwerke – ob Gas oder Atomkraft – oder nicht. Für Buser ist klar: «Für die nächsten 30 Jahre sind Grosskraftwerke unerlässlich.»

Geradezu überschwänglich reagiert die EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger auf die für sie frohe Botschaft: «Ich gratuliere der EBL, dass sie auf neue AKW verzichten will.» Jetzt brauche es weitere Anreize für energieeffiziente Geräte.

Als EBL-Verwaltungsrat sagt Thomas de Courten: «Der Medienmitteilung der EBL ist aus meiner Sicht nichts beizufügen.» Auch als Politiker stellt er sich hinter die Elektra Baselland. Ein überstürzter Ausstieg wäre illusorisch und verantwortungslos. «Die EBL ebnet den Weg in eine innovative Energiezukunft, ohne Wirtschaftsstandort und Wohlstand zu gefährden.»

Stimmen zu Elektra Baselland will keine neuen Atomkraftwerke



«Die Stromanbieter müssen das Stromsparen honorieren.»

Hannes Schweizer, SP-Landrat



«Die Naturschützer wollen den Fünfer, das Weggli und das Wechselgeld.»

Hansruedi Wirz, SVP-Landrat



«Für die nächsten 30 Jahre sind Grosskraftwerke unerlässlich.»

Christoph Buser, FDP-Landrat



«Ich gratuliere der EBL, dass sie auf neue AKW verzichten will.»

Elisabeth Augstburger, EVP-Landrätin



«Jetzt soll die EBL ihre Beteiligungen an AKW-Betreiberin Alpiq abstossen.»

Sarah Martin, Landrätin Grüne



«Die EBL ebnet den Weg in eine innovative Energiezukunft.»

Thomas de Courten, SVP-Fraktionspräsident, EBL-Verwaltungsrat